

V-48 (ehm GP-02) Digitale Grundrechte

Gremium:	BAG Demokratie und Recht
Beschlussdatum:	28.09.2019
Tagesordnungspunkt:	V Verschiedenes
Status:	Zurückgezogen

Antragstext

1 **Digitale Grundrechte**

2 Das Internet darf kein grundrechtsfreier Raum sein. Schon 1997 wies Lawrence Lessig
3 darauf
4 hin, dass das Internet sowohl das Potential hat, eine große emanzipatorische Wirkung
5 zu
6 entfalten, als auch das Potenzial, ein gigantisches Überwachungsinstrument zu
7 werden. Immer
8 mehr Bürger*innen sind online auf verschiedenen Arten aktiv, das Internet ist für
9 einige zu
10 einem transnationalen Lebensraum geworden.

11 Unterdessen haben sich beide Prophezeiungen bewahrheitet. Während in den ersten
12 Jahren
13 zunächst ein enormer Raum der Freiheit entstanden ist, hat sich das Bild gewandelt,
14 und in
15 den letzten Jahren ist das Internet immer mehr auch zu einem gigantischen
16 Überwachungsinstrument geworden. Diese Entwicklung ist weder naturgegeben noch
17 unumkehrbar.
18 Sie ist auch weder allein auf staatliche Eingriffe oder auf wirtschaftliche Interessen
19 zurückzuführen. Allerdings kann und muss der Staat einen Rahmen setzen, um
20 Freiheiten im
21 Internet sichern zu können.

14 **Demokratisierung digitaler Infrastruktur**

15 Während die dem Internet zugrunde liegende technische Infrastruktur schon seit
16 Anbeginn eine
17 Art digitale Selbstorganisation gepflegt hat, gilt das für die Dienste mit Schnittstellen
18 zu
19 den Nutzer*innen nicht. Diese digitalen Infrastrukturen sind derzeit hauptsächlich in
20 der
21 Hand großer Konzerne. Sie kontrollieren dadurch nicht nur die Verwendung von Daten,
22 sondern
23 auch, ob und wie Bürger*innen Zugang zu digitalen Diensten finden können. Wenn
24 aber der
25 digitale Raum zu einem Lebensraum für die Bürger*innen wird, müssen diese auch die
26 Möglichkeit erhalten, diesen selbst zu gestalten und ihn nicht nur innerhalb der von
27 wirtschaftlichen Interessen definierten Möglichkeiten nutzen zu können. Zugänge zu
28 dieser
29 Infrastruktur müssen zu einer gesellschaftlich getragenen Selbstverständlichkeit
30 werden, und
31 Plattformen müssen die Möglichkeit bieten, dass Bürger*innen sich sowohl lokal als

auch

25 digital organisieren und Einfluss auf die Plattformen nehmen können.

26 **Räume der Freiheit**

27 Während es unbestritten ist, dass es in der Offline-Welt Räume geben muss, in die
weder der

28 Staat noch Unternehmen eingreifen dürfen, gibt es dieses Verständnis für digitale

29 Lebenswelten nicht in demselben Maße. Dabei können die Eingriffe mindestens das
gleiche Maß

30 erreichen wie die intensivsten Maßnahmen offline. Eine Überwachung des Verhaltens
von

31 Menschen ist dabei mit weit weniger Aufwand möglich und weitaus umfassender und
tiefer in

32 die Intimsphäre eindringend möglich. Das gilt nicht nur für staatliche, sondern auch für

33 Eingriffe von Unternehmen. Datenschutz kann dabei nur ein Baustein für den Erhalt
digitaler

34 Freiheit sein. Auch die Sicherheit technischer Geräte ist ein zentraler Baustein zur

35 Aufrechterhaltung digitaler Freiräume. Dies muss auch von staatlicher Seite
gewährleistet

36 werden.

37 Das Bedürfnis nach Strafverfolgung und Gefahrenabwehr darf es dem Staat nicht
ermöglichen,

38 entweder selbst oder durch die Nutzung von Daten von Unternehmen, unkontrolliert
und

39 unbegrenzt in die Privatsphäre der Bürger einzudringen. Die höhere Intensität der
Eingriffe

40 muss mit engeren Begrenzungen einhergehen. Daten, von denen die Bürger*innen
nicht wissen,

41 dass sie vorhanden sind und deren Aussagekraft im Moment der Entstehung oder
Zusammenführung

42 nicht erkennbar ist, dürfen nicht für Zwecke der Strafverfolgung genutzt werden.

43 **Digitale Realität anerkennen**

44 Viele Menschen haben einen Teil ihres Lebensmittelpunktes in digitalen Räumen.
Große Teile

45 gesellschaftlicher Willensbildung und der dafür notwendigen Debatten spielen sich
inzwischen

46 digital ab. Diese ermöglichen eine weitaus größere Beteiligung größerer

47 Bevölkerungsschichten als dies früher der Fall war. Diese demokratischen Potentiale
müssen

48 besser für demokratische Prozesse nutzbar gemacht und vor Manipulationen geschützt
werden.

49 Insbesondere die Möglichkeit zur Nutzung selbstgewählter digitaler Identitäten ist ein
50 Grundpfeiler der digitalen Freiheit. Die Sicherheit digitaler Räume darf nicht als
Argument

51 vorgeschoben werden, selbstgewählte Identitäten einzuschränken.

52 So verstandene digitale Lebenswelten verdienen den gleichen Schutz wie analoge
Lebenswelten.

53 Digitale Monopole brechen

54 Digitale Wirtschaftsformen zeichnen sich dadurch aus, dass zunehmende Größe der
55 Unternehmen
56 durch Netzwerk- und Skaleneffekte immer größere Wettbewerbsvorteile bringen.
57 Dadurch bilden
58 sich internationale Monopole oder Oligopole, die kaum mehr durch neue
59 Geschäftsmodelle
60 herausgefordert werden können. Deren einzige Bedrohung sind noch größere
61 Konkurrenten, die
62 sie ablösen oder aufkaufen.

59 Das Kartellrecht ist hier hoffnungslos überfordert, weil es weder die internationalen
60 Dimensionen beachten noch gewachsene Monopole verhindern kann.

61 Für die Bürger*innen führt sinkender Wettbewerb zu einer Verknappung des Angebots
62 auf wenige
63 Produkte, die in großen Mengen produziert werden, während spezielle Bedürfnisse
64 immer
65 schwieriger und nur zu immer höheren Kosten befriedigt werden können.

64 Es braucht daher mehr Interoperabilität und neue Möglichkeiten, große Konzerne
65 aufzuspalten
66 und in miteinander konkurrierende Unternehmen zu verwandeln.

66 Digitale Grenzen verhindern

67 Digitale Lebenswelten zeichnen sich dadurch aus, dass sie unabhängig sind von
68 territorialen
69 Beschränkungen. Diese Freiheit gilt es zu verteidigen und auszubauen. Die digitalen
70 Infrastrukturen sind so zu gestalten, dass transnationale Räume entstehen und
71 unabhängig von
72 Aufenthaltsorten und Staatsangehörigkeiten genutzt werden können.

71 Die zunehmende Tendenz, das Internet entlang nationaler Grenzen zu segmentieren,
72 darf nicht
73 weiter gefördert werden. Digitale Produkte, die dazu genutzt werden können, bedürfen
74 einer
75 strengeren Exportkontrolle.

74 Algorithmenkontrolle

75 Algorithmen sind notwendige Bestandteile digitaler Lösungen und damit auch der
76 digitalen
77 Lebenswelten. Eine Verteufelung von Algorithmen führt deshalb nicht weiter, ohne
78 Algorithmen
79 kann es keine Software geben. Allerdings sind nicht alle Algorithmen nur technisch
80 notwendige Bestandteile der Software, aus denen die digitale Umwelt besteht. Sie
81 haben
82 dadurch auch die Möglichkeiten, z. B. Verhalten oder den Zugang zu Informationen zu
83 beeinflussen. Deshalb müssen Algorithmen – auch von Privatunternehmen – einer
84 öffentlichen
85 Kontrolle unterliegen, wenn es sich um grundrechtsrelevante, selbstlernende Systeme
86 oder um
87 sonstige Eingriffe in Teilhabe- oder Freiheitsrechte handelt. Selbstlernende Systeme

- müssen
83 in regelmäßigen Abständen auf ihre Funktion überprüft werden, dies muss
dokumentiert werden,
84 und diese Dokumentation muss öffentlich zur Verfügung und Überprüfung gestellt
werden. Die
85 Aufsichtsbehörden sind so auszustatten, dass sie ihre Kontrollfunktion effektiv
wahrnehmen
86 können.

Begründung

Für demokratische Teilhaberechte hat sich mit der zunehmenden Digitalisierung viel verändert. In der analogen Welt ist eine Beteiligung an gesellschaftlichen Diskursen weitestgehend unabhängig von technischen Voraussetzungen, die in Händen von Privatunternehmen liegen, möglich. Die digitale Welt verändert das fundamental. Die gesamte Infrastruktur befindet sich in der Hand von Privatunternehmen, die nur noch bedingt staatlichen Einflüssen unterliegen. Des Weiteren gibt es immer stärkere Bestrebungen, die dazu führen können, dass sich das Internet in nationale Teilnetze aufspaltet. Der Antrag soll eine Grundlage bieten, demokratische Kontrolle über die Infrastruktur erlangen zu können und gleichzeitig den Zugang zu den Infrastrukturen möglichst diskriminierungsfrei zu sichern.

Gleichzeitig versuchen die Staaten, Onlinekommunikation immer weiter zu überwachen und die Freiheiten im Internet weit stärker einzuschränken als dies in der analogen Welt denkbar wäre. Gesellschaftliche Diskursräume und eine weitgehende staatliche Überwachung der Aktivitäten der Bürger*innen vertragen sich allerdings nicht. Daher muss bei allen Maßnahmen der Wert der Freiheit mitgedacht werden.